

Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

> Telefon 06151 3605078 Fax 06151 3605080

E-Mail: brigitte.zypries@wk.bundestag.de

14.04.2010

Zypries: "Schwarzgelbes Ausbluten bei Erneuerbaren Energien gefährdet Jobs in der Region"

"Schwarzgelb lässt die Förderprogramme für Erneuerbare Energien ausbluten und gefährdet bundesweit hunderttausende Arbeitsplätze. Auch in Darmstadt und der Region werden dadurch Beschäftigte von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedroht", sagte die Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries (SPD). Das Handwerk sei der wichtigste Arbeitgeber und Anbieter von Ausbildungsplätzen. Außerdem schützten die energetischen Sanierungen an und in Gebäuden das Klima und hielten die Energierechnungen bezahlbar.

"Die schwarzgelbe Bundesregierung verhält sich wie die Axt im Walde. Sie stutzt zusammen, kürzt, stoppt und fällt die Förderprogramme für Photovoltaik, Mini-Blockheizkraftwerke und Gebäudesanierung", kritisierte Zypries. Deutsche Hersteller seien durch diese Programme erst zu weltweiten Marktführern geworden. Immer mehr Hausbesitzer seien bereit, mehr Geld in ihre Keller und auf ihren Dächern zu investieren, davon profitiere vor allem das Handwerk durch eine gute Auftragslage.

"Ein Euro Förderung hat jeweils mehr als sieben zusätzliche Euro private Förderung ausgelöst. So wurden bei Wärmedämmung und dem Programm für moderne Heizungen alleine in 2009 deutschlandweit mehr als 20 Mrd. Euro investiert", rechnete Zypries vor. Diese Investitionen würden nun wegfallen. Im Gegenzug würde Schwarzgelb Investitionszuschüsse bis zu einem dreistelligen Millionenbetrag pro Großkraftwerke an RWE, EON und Co. zahlen, obwohl die Energieriesen Rekordüberschüsse erwirtschafteten.

Experten rechnen damit, dass die Förderbank KfW schon Mitte des Jahres keine neue Anträge auf Förderung zur Gebäudedämmung mehr annehmen kann und dann eine Auftragsflaute eintritt. Bei Wärmepumpen und Solarthermie ist dieser Fall schon eingetreten. Die Darmstädter Bundestagsabgeordnete informierte die Kreishandwerkerschaft sowie die Handwerkskammer Rhein-Main in einem Schreiben über die drohenden Kürzungen.

ress